



Nr. 11

26. März 2015

Inhalt

[Öffentlicher Dienst der Länder: Bundesweit machen Beschäftigte den Arbeitgebern Druck – Schweigemarsch in Düsseldorf+++](#)
[Familienpaket – Kindergeld und Kinderfreibetrag wirken sich nicht für alle Kinder gleich aus+++](#)
[Sozial- und Erziehungsdienst: Verhandlungsfahrplan festgelegt+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Kein weiterer Personalabbau bei der Polizei – Knecht: wichtiger Etappensieg+++](#)
[DSTG hält griechische Pläne zur Verbesserung der Staatseinnahmen für untauglich+++](#)
[Zugbegleiter und Bordgastronomen in Flächenvertrag der Lokomotivführer integriert+++](#)
[Flugzeugabsturz: Lehrerverbände sprechen Anteilnahme aus+++](#)
[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft hält neue Anti-Terror-Einheit für richtigen Weg+++](#)
[Schulen müssen TOP 1 der digitalen Agenda sein+++](#)
[Der Grunewald in Berlin ist Waldgebiet 2015+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Öffentlicher Dienst der Länder: Bundesweit machen Beschäftigte den Arbeitgebern Druck – Schweigemarsch in Düsseldorf

(dbb) Bundesweit haben Zehntausende Landesbeschäftigte am 24., 25. und 26. März 2015 mit Warnstreiks und Protestaktionen nochmals unmissverständlich klargemacht, was sie von der Blockadehaltung der Arbeitgeber in der laufenden Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder halten: nichts. Von den ganztägigen Arbeitsniederlegungen betroffen waren unter anderem Ministerien, Landes- und Finanzämter, Polizei, Autobahn- und Straßenmeistereien, Unikliniken und Schulen. Vor der vierten Verhandlungsrunde, die am 28. März in Potsdam beginnt, forderten die Streikenden die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vor allem dazu auf, nun endlich ein Angebot zur linearen Einkommenserhöhung vorzulegen.

Mit einem ganztägigen Warnstreik haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Länder **Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** am 24. März 2015 ihrem Unmut über die Blockadehaltung der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder Luft gemacht. 27.000 Landesbeschäftigte folgten dem Aufruf von dbb und DGB-Gewerkschaften und fanden sich zu einer machtvollen zentralen Kundgebung auf dem Leipziger Augustusplatz ein. Auch Beamtinnen und Beamte waren gekommen, um die gemeinsamen Forderungen zu unterstützen.

„In den drei hinter uns liegenden Verhandlungsrunden hat die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu keinem Zeitpunkt erkennen lassen, dass sie an einem fairen Kompromiss interessiert ist“, sagte der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ. Damit habe die TdL „die Menschen erst auf die Palme und dann auf die Straße gebracht“, so Russ. „Statt endlich ein lineares Angebot vorzulegen, wollen die Arbeitgeber an die Zusatzversorgung ran. Diese Forderung nach pauschalen Einschnitten ohne vernünftige Begründung erschüttert das Vertrauen der Beschäftigten in das System der Zusatzversorgung. Es gilt: Kürzungen im Leistungsrecht sind mit uns nicht zu machen“, rief Russ unter dem Beifall der Demonstranten. „Sollte es am 28. März in Potsdam kein Ende der Blockadehaltung und kein ordentliches Angebot geben, werden wir auf Deutschlands Straßen zeigen, wozu wir in der Lage sind - und zwar unbefristet“, drohte Russ.

Zum Streitpunkt Entgeltordnung für Lehrer warf Russ den Arbeitgebern vor, gar keine wirkliche Entgeltordnung, sondern nur ein „Deckmäntelchen“ zu wollen. „Die TdL will nicht verstehen, dass diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die im Arbeitnehmerstatus sind,

endlich in der Bewertung ihrer Leistung an die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen angepasst werden wollen. Warum ist das eigentlich so schwer zu verstehen, Herr Bullerjahn?“, fragte Russ und betonte: „Wir brauchen eine echte Entgeltordnung für Lehrkräfte - und zwar jetzt!“

Mehr als 4.000 Demonstranten aus dem **Saarland** und aus **Rheinland-Pfalz** waren nach Saarbrücken gekommen. Sie folgten dem Aufruf von dbb und DGB-Gewerkschaften, zogen in einem Protestzug durch die Innenstadt und versammelten sich schließlich zu einer zentralen Kundgebung vor dem Innenministerium. Der Zweite Vorsitzende und Verhandlungsführer des dbb, Willi Russ, warf der TdL vor, allein verantwortlich dafür zu sein, „dass eine neue Streikwelle übers Land hinweg fegt“. In den Staatskanzleien vieler Länder herrsche absolute Gleichgültigkeit gegenüber den Anliegen der Beschäftigten, sagte Russ vor den Demonstranten. Es habe in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam fast so ausgesehen, als ob die TdL um eine vierte Runde bettele, „weil sie vernünftige Kompromissentscheidungen nicht treffen konnte oder wollte“, so Russ. „Die Ministerpräsidenten sprechen von Investitionen und sparen im gleichen Moment den öffentlichen Dienst kaputt.“ Die Mehrzahl der Länderchefs habe offenbar die TdL mit dem Motto „Geiz ist geil“ ins Rennen geschickt. Russ: „Es ist genau diese Haltung, die uns bei den Potsdamer Verhandlungen in die Sackgasse geführt hat.“ Russ betonte erneut, dass Kürzungen im Leistungsrecht der Zusatzversorgung, wie von der TdL angestrebt, mit dem dbb nicht zu machen seien.

Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, dankte den Beamtinnen und Beamten, die sich der „Demonstration des Ärgers“ angeschlossen hatten. „Sie und die Versorgungsempfängerin-

nen und Versorgungsempfänger erwarten von ihrer Landesregierung als Akt der Gleichbehandlung und Wertschätzung, dass sie nicht schlechter gestellt werden als die übrigen Beschäftigten“, sagte Linn. Topleistungen seien nicht zum Billigpreis zu haben. „Die alljährliche Begründung der Schuldenbremse akzeptieren wir nicht mehr“, machte Linn klar. Deren Umsetzung müsse gesamtwirtschaftlich gelöst werden „und nicht nur auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“.

Ein flächendeckender ganztägiger Warnstreik war auch die Antwort von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Länder **Bremen** und **Niedersachsen** auf die Verweigerungshaltung der TdL. 5.000 Beschäftigte, darunter auch zahlreiche Beamtinnen und Beamte, waren dem Aufruf von dbb und DGB-Gewerkschaften gefolgt und verwandelten den Opernplatz in Hannover mit ihrer Kundgebung in ein buntes Fahnenmeer. Zuvor waren sie in Protestmärschen durch die Innenstadt gezogen.

„Wenn die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung nicht aufgeben und auch in der vierten Runde immer noch kein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen, manövrieren sie Deutschland direkt in einen unbefristeten Streik“, rief Karl-Heinz Leverkus, stellvertretender Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission den Demonstranten zu. „Die Gewerkschaften haben ihre Verhandlungs- und vor allem ihre Kompromissbereitschaft drei zähe Runden lang unter Beweis gestellt. Es gab keine Bewegung, kein Entgegenkommen. Jetzt kann nur noch die TdL verhindern, dass die Bundesrepublik still steht.“ Einen „Unterwerfungsabschluss“ würden die Gewerkschaften nicht unterschreiben, sagte Leverkus mit Blick auf Pläne der Arbeitgeberseite, die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zu beschneiden.

Ein besonderes Zeichen setzte der dbb in **Nordrhein-Westfalen**. Die in Düsseldorf geplante Demonstration zur Einkommensrunde 2015 wurde auf Grund des tragischen Flugzeugabsturzes vom 24. März in Frankreich in einen Schweigemarsch umgewandelt. „Eigentlich wollten wir auf dem Burgplatz hart und lautstark mit den Arbeitgebern der Länder ins Gericht gehen und gewerkschaftliche Entschlossenheit demonstrieren“, erklärte Roland Staude, 1. Vorsitzender des dbb Nordrhein-Westfalen. „Aber angesichts der Tragödie um

Flug 4U9525 treten alle unsere berechtigten Anliegen und Forderungen heute in den Hintergrund.“ Dies sei ein Tag tiefer Trauer. „Unser aller Solidarität und Anteilnahme gilt in dieser Situation den Opfern der Flugkatastrophe, ihren Angehörigen, Freunden und Kollegen. Auch wenn wir am Wochenende in Potsdam wieder unsere berechtigten Einkommensforderungen vorbringen und mit der Tarifgemeinschaft der Länder um einen Kompromiss ringen werden, relativieren sich diesem Tag alle politischen Auseinandersetzungen, und der Blick richtet sich auf das wirklich Wesentliche.“

Zwei Tage vor dem Beginn der vierten Verhandlungsrunde waren insbesondere die Länder **Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg** und **Bayern** von flächendeckenden Warnstreiks betroffen. Zu zentralen Kundgebungen kamen die Beschäftigten im Norden in Hamburg und im Süden in Neu-Ulm und Ulm zusammen.

„Wir haben nun in drei Verhandlungsrunden zusammengesessen, aber die Arbeitgeber verweigern ein Angebot. Im Gegenteil, sie wollen eine Leistungskürzung bei der Zusatzversorgung“, sagte Willi Russ in Hamburg vor mehr als 10.000 Demonstranten. „Diese Unverschämtheit lassen wir den Arbeitgebern nicht durchgehen.“

Auch die Landesvorsitzenden des dbb aus dem Norden sehen die Arbeitgeber in der Pflicht. Rudolf Klüver, Vorsitzender des dbb hamburg: „Wir sind es leid, von den öffentlichen Arbeitgebern hingehalten zu werden, nur weil diese untereinander völlig uneins sind. Wir warnen vor einer weiteren Eskalation.“ Anke Schwitzer, Vorsitzende des dbb schleswig-holstein, sagte in Richtung der Arbeitgeber: „Wertschätzung geht anders. Die Zeit des Taktierens ist vorbei. Die Beschäftigten erwarten, dass die Arbeitgeber jetzt endlich Farbe bekennen und ein Angebot vorlegen.“ Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern, machte deutlich, dass für den dbb und seine Landesbünde die Einkommensrunde 2015 erst dann zu Ende sei, „wenn auch für die Beamten im Kommunal- und Landesdienst sowie die Versorgungsempfänger eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der angestrebten Tarifeinigung erfolgt ist.“

Im Süden zog eine Demonstration von Neu-Ulm in Bayern nach Ulm (Baden-

Württemberg). Siegfried Damm, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission stellte klar: „Kein Wollen, kein Mut, kein Angebot! - Damit ist die Tarifpolitik der TdL umfassend beschrieben.“ Damit müsse nun Schluss sein, sagte Damm.

Der Chef des dbb Landesbundes aus Baden-Württemberg (BBW) und dbb Vize Volker Stich ging mit der Regierung seines Bundeslandes ebenfalls hart ins Gericht. Sie regiere „auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes und holt sich das Geld aus den Taschen der Beschäftigten“. Die Regierung investiere großzügig, nur für den öffentlichen Dienst sei kein Geld da. „Das nehmen wir nicht länger hin“, sagte Stich unter großem Applaus der etwa 1.000 Kundgebungs-

teilnehmer. „Wir verlangen gutes Geld für gute Arbeit.“

Hintergrund:

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) sind insgesamt 2,9 Millionen Beschäftigte betroffen: 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft deutscher Länder - TdL - ist), für die der TV-L direkte Auswirkungen hat, sowie 2,2 Millionen Beamte und Versorgungsempfänger in Ländern und Kommunen (ohne Hessen), auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Die nächste, vierte Verhandlungsrunde wird am 28./29. März 2015 in Potsdam stattfinden.

(01/11/15)

Familienpaket – Kindergeld und Kinderfreibetrag wirken sich nicht für alle Kinder gleich aus

(dbb) Das Bundeskabinett hat am 25. März 2015 beschlossen, den steuerlichen Grundfreibetrag, den Kinderfreibetrag und das Kindergeld rückwirkend ab 1. Januar 2015 sowie den Kinderzuschlag ab 1. Juli 2016 anzuheben. Damit will die Bundesregierung die verfassungsrechtlich gebotene Anhebung der steuerlichen Freibeträge umsetzen.

Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, kommentierte das Familienpaket kritisch: „Die dbb bundesfrauenvertretung setzt sich dafür ein, dass das Kindergeld auf einen Betrag festgesetzt wird, der der höchsten steuerlichen Entlastung durch die Kinderfreibeträge entspricht. Denn tatsächlich ist es so, dass Familien mit zwei Kindern, die auf ihr Einkommen den Spitzensteuersatz von 45 Prozent zahlen, am stärksten von der Erhöhung des Kinderfreibetrages profitieren.“

Steuerrechtler hatten berechnet, dass sich nach den Plänen der Bundesregierung bei Paaren, bei denen jeder 2.500 Euro monatlich verdient, eine Entlastung von 147 Euro im Jahr ergeben würde. Bei einem Einkommen von je 1.000 Euro beliefe sich die Entlastung nur auf 132 Euro. „Wir setzen uns dafür ein, dass das Existenzminimum aller Kinder unabhängig vom Steuersatz ihrer Eltern sichergestellt wird. Die Zahlung von Kindergeld oder die Berücksichti-

gung des Kinderfreibetrages darf nicht länger dazu führen, dass effektiv bei den Kindern unterschiedlich viel Geld ankommt. Es ist an der Zeit, grundsätzlich über die steuerliche Berücksichtigung von Kindern nachzudenken“, so Wildfeuer.

Der steuerliche Grundfreibetrag soll im Jahr 2015 um 118 Euro und im Jahr 2016 um weitere 180 Euro erhöht werden. Der Kinderfreibetrag soll um 144 Euro im Jahr 2015 und um weitere 96 Euro im Jahr 2016 steigen. Die geplanten Erhöhungen erfolgen auf Grundlage des 10. Existenzminimumberichts der Bundesregierung. Neben dem Grundfreibetrag soll auch das Kindergeld für 2015 um monatlich vier Euro je Kind und ab dem 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro je Kind steigen. Die Bundesregierung plant ebenfalls, den Kinderzuschlag ab dem 1. Juli 2016 um monatlich 20 Euro auf 160 Euro zu erhöhen.

(02/11/15)

Sozial- und Erziehungsdienst: Verhandlungsfahrplan festgelegt

(dbb) Am 23. März 2015 ist in Münster bei der zweiten Runde der Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst das weitere Vorgehen vereinbart worden. „Es ist ein Fort-

schritt, dass wir einen klaren Fahrplan haben. Wir lassen uns mit dem Thema nämlich nicht auf die lange Bank schieben“, sagte dbb Verhandlungsführer Andreas Hemsing. „Jetzt geht es darum, die Inhalte konzentriert abzuarbeiten. Wir behalten uns aber unterstützende Aktionen zwischen den Verhandlungsrunden vor.“

Nachdem bei dem Termin in Münster die Eingruppierung der „Leitung“ und „stellvertretenden Leitung“ diskutiert wurde, soll es am 9. April in Düsseldorf um „Erzieher“ und „Kinderpfleger“ gehen. Am 16. April in Hannover steht dann die Eingruppierung der „Fachkräfte Arbeits- und Berufsförderung“ auf der Agenda. Am 20. und 21. April in Frankfurt am Main geht es dann um die Sozialarbeiter und -pädagogen sowie die sogenannten Spezialmerkmale.

„In den Tarifverhandlungen geht es um eine bessere Wertschätzung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst“, erklärte Hemsing. „Die Bezahlung muss sich verbessern, deshalb wollen wir eine höhere Eingruppierung durchsetzen.“ Auch die sogenannten Tätigkeitsmerkmale sollen überarbeitet werden, die die Anforderungen für eine Eingruppierung in eine bestimmte Entgeltgruppe darstellen.

Am Verhandlungsort in Münster hatten bereits im Vorfeld Beschäftigte für bessere Beschäftigungsbedingungen demonstriert. „Weitere

Aktionen sind nicht ausgeschlossen. Daran erkennt man, wie viel Unmut sich in den letzten Jahren aufgestaut hat“, sagte Hemsing. „Wir werden aber weiterhin verantwortungsvoll agieren und beispielsweise die Betroffenen rechtzeitig über Aktionen in den jeweiligen Einrichtungen informieren.“

Hintergrund:

Sozial- und Erziehungsdienst: Echte Wertschätzung. Jetzt!

Beraten, erziehen, betreuen, pflegen, fördern, helfen – und noch viel mehr! Die Aufgaben im Sozial- und Erziehungsdienst sind vielfältig, aber eins haben sie alle gemeinsam: Der Mensch steht stets im Mittelpunkt. Jeden Tag vollbringen die Beschäftigten dort Höchstleistungen, damit unsere Gesellschaft auch eine Gemeinschaft bleibt. Das verdient echte Wertschätzung. Jetzt!

Mehr Informationen unter: www.dbb.de/sozial-und-erziehungsdienst
(03/11/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Kein weiterer Personalabbau bei der Polizei – Knecht: wichtiger Etappensieg

(dbb) Der dbb mecklenburg-vorpommern hat die „vernünftige Einigung“ der Landesregierungskoalition begrüßt, vorerst keinen weiteren Personalabbau bei der Landespolizei vorzunehmen.

„Damit hat Innenminister Caffier Wort gehalten und sich gegenüber dem Finanzministerium durchgesetzt“, sagte dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht in einer ersten Bewertung am 26. März 2015. Der Personalbedarf soll in der nächsten Zeit von externen Gutachtern evaluiert werden. Mit Ergebnissen wird im Herbst 2016 gerechnet.

„Ich sehe das allerdings erst als ein Etappensieg an, denn es ist keine endgültige Entschei-

dung“, machte Knecht zugleich deutlich. Er erinnerte die Landesregierung daran, dass das laufende „Personalkonzept 2010“ der gesamten Landesverwaltung sowieso 2016 überprüft werden sollte, denn nicht nur bei der Polizei sei das Personalsparpotenzial ausgereizt, sondern beispielsweise auch in den Finanzämtern, so Knecht.

(04/11/15)

DSTG hält griechische Pläne zur Verbesserung der Staatseinnahmen für untauglich

(dbb) Als „winzigen Tropfen auf einen großen heißen Stein“ hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler die Pläne der griechischen Regierung bezeichnet, ausstehende Steuern in Milliardenhöhe durch geringe Strafen und lange Rückzahlungsfristen einzutreiben.

„Wer Außenstände von weit über 70 Milliarden Euro hat und trotz Anreizen nur knapp neun Milliarden an eingehenden Zahlungen einkalkuliert, erklärt im Grunde den Staatsbankrott und führt den Steuerstaat ad absurdum“, sagte Eigenthaler am 23. März 2015 dem Internetportal "handelsblatt.de". Die Pläne zeigten zudem, dass die griechische Steuerverwaltung völlig am Boden liege. „Griechenland muss schnellstens seine Steuerverwaltung auf Vordermann bringen und ordentlich ausrüsten“, sagte Eigenthaler.

Er kritisierte zudem, dass Athen Steuersündern einräumen will, Steuerschulden in bis zu 100 Raten zurückzuzahlen. Das dauere dann Jahre, bis die Steuern beglichen seien. Und neue Steuern kämen noch laufend hinzu. „Das klappt nie, und es ist das völlig falsche Signal“, betonte der DSTG-Chef. Wenn man Anreize setzen wolle, müssten diese so gestaltet sein, dass eine sehr rasche Zahlung ermöglicht werde, zum Beispiel durch einen Abschlag von der Steuerschuld. Auf Bußgelder und Zinsen könne man dagegen verzichten, wenn wenigstens die Hauptsumme sofort eingehe.
(05/11/15)

Zugbegleiter und Bordgastronomen in Flächenvertrag der Lokomotivführer integriert

(dbb) Trotz anfänglicher Schwierigkeiten ist es im Rahmen der Verhandlungen zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn am 23. März 2015 gelungen, sowohl Zugbegleiter, als auch Bordgastronomen in den Flächentarifvertrag, der bisher nur für Lokomotivführer existiert, zu integrieren.

Damit sind die Grundlagen geschaffen, um anschließend sowohl im Flächentarifvertrag, als auch in den haustarifvertraglichen Regelungen die von der Gewerkschaft angestrebten Verbesserungen in den Einkommens- und Arbeitszeitbedingungen abzuschließen, erklärte die GDL. Das monetäre Angebot in Höhe von 2,1 Prozent sei von der GDL als zu niedrig abgewiesen worden.

„Fakt ist, dass wir zuerst alle Beschäftigtengruppen in den Flächentarifvertrag für das Zugpersonal

integrieren und anschließend die zusätzlichen Tarifelemente in den Haustarifverträgen verankern“, so der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Die Fragen nach Wochenarbeitszeitverkürzung und prozentualer Entgelterhöhung werden wir erst in der abschließenden Runde einer Lösung zuführen.“

Nächste Verhandlungen finden am 27. März 2015 statt.
(06/11/15)

Flugzeugabsturz: Lehrerverbände sprechen Anteilnahme aus

(dbb) Der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) NRW, Udo Beckmann, hat sich tief betroffen vom Absturz des Germanwings-Flugzeugs in Südfrankreich gezeigt. „Wir sprechen allen Angehörigen und Freunden der Todesopfer unsere tiefe Anteilnahme aus. Tief berührt sind wir zudem dadurch, dass an Bord des Germanwings-Fluges 16 Schülerinnen und Schüler sowie zwei Lehrerinnen des Joseph-König-Gymnasiums aus Haltern ums Leben gekommen sind. Wir wünschen allen, die von diesem Unglück betrof-

fen sind, für die kommende Zeit viel Kraft und dass sie die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.“

Auch der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, drückte seine tiefempfundene Anteilnahme aus. Er sei tief betroffen und bestürzt, erklärte Meidinger. Jede Schulfamilie, jede Schulgemeinschaft könne den tiefen Schmerz der Angehörigen und der Lehrkräfte und Mit-

schüler am Joseph-König-Gymnasium in Haltern nachvollziehen. Meidinger zeigte sich überzeugt, dass alle Schulen in Deutschland Wege suchen und finden werden, um der gemeinsamen Trauer über die Opfer Ausdruck zu verleihen.
(07/11/15)

DPOIG Bundespolizeigewerkschaft hält neue Anti-Terror-Einheit für richtigen Weg

(dbb) „Die Bundespolizei braucht dazu alle vom Bundesinnenminister angekündigten neuen 750 Stellen für die Sicherheitsbehörden.“ Mit diesen Worten unterstützte der Vorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter am 20. März 2015 die aktuellen Planungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière zum Aufbau einer neuen bundesweiten Anti-Terror-Einheit.

„Natürlich ist es schwer, dem völlig irrationalen, lebensverachtenden Terror mit polizeilichen Mitteln angemessen zu begegnen. Der Aufbau einer bundesweiten Einheit, die gut und speziell auf Anti-Terror-Einsätze trainiert ist, zeigt jedoch genau den richtigen Weg auf. Die Bundespolizei mit ihrer bundesweiten Organisation ist auch die richtige Polizei für diesen Auftrag“, zeigte sich Walter überzeugt.

Walter forderte jedoch auch eine ausreichende personelle wie materielle Ausstattung dieser neuen Anti-Terror-Einheit: „Wer eine neue Anti-Terror-Einheit für Deutschland aufbaut, muss auch neue Personalstellen und beste Ausrüstung und Ausstattung finanzieren.“ Dazu müssten alle von Bundesinnenminister de Maizière angekündigten 750 zusätzlichen Stellen zur Einrichtung der neuen Einheit innerhalb der Bundesbereitschaftspolizei genutzt werden.
(08/11/15)

Schulen müssen TOP 1 der digitalen Agenda sein

(dbb) „Schulen in Deutschland wird bisher von den Ländern und den Schulträgern eine zeitgemäße IT-Ausstattung verweigert. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) begrüßt daher grundsätzlich die Initiative der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD, sich für die Förderung der digitalen Bildung an den Schulen und gegen digitale Spaltung einzusetzen“, erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann am 24. März 2015.

„Das digitale Feld muss in Kooperation von Bund und Ländern beackert werden. Der Vorschlag der Fraktionen, einen Länderstaatsvertrag anzustreben, kann in Zeiten des Kooperationsverbots für den Schulbereich ein möglicher Weg sein.“ Unter den Lehrern selbst bestehe längst große Aufgeschlossenheit. „Der

VBE hält allerdings nichts von Appellen, per Sponsoring die Schulen mit IT auszustatten“, unterstrich Beckmann. „Wir haben die Sorge, dass insbesondere Schulen in sozialen Brennpunkten abgekoppelt werden.“
(09/11/15)

Der Grunewald in Berlin ist Waldgebiet 2015

(dbb) Als „Waldgebiet des Jahres 2015“ ist am 21. März der Grunewald in Berlin ausgezeichnet worden. Für den Bund Deutscher Forstleute (BDF), der diese Auszeichnung alljährlich vergibt, ist es vorbildlich, wie die Forstleute es im Grunewald schaffen, den hohen

Besucherdruck mit bis zu 100 Millionen Waldbesuchen pro Jahr in Einklang mit Naturschutz und der forstlichen Nutzung zu bringen. Die Auszeichnung soll jedoch auch Ansporn für die weitere Arbeit sein.

Im vergangenen Jahr war bereits zum vierten Mal ein Waldgebiet des Jahres gekürt und vom BDF ausgerufen worden. Der Meulenwald als Waldgebiet 2012, der Solling (2013), der Schönbuch (2014) und der Grunewald in diesem Jahr finden große Resonanz in den Medien und stoßen besonders in der Region auf großes Interesse. Bürger, Forstleute, Politik und zahlreiche Partner des Waldes feiern die Auszeichnung eines vorbildlichen und in allen Bereichen nach-haltig bewirtschafteten Ökosystems.

Das Waldgebiet des Jahres 2015, der Grunewald, im Südwesten Berlins ist mit etwa 3.200 Hektar eines der größten hauptstädtischen Wälder. BDF-Bundesvorsitzender Hans Jacobs überreichte vor zahlreichen Gästen aus Politik, Gesellschaft und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt den Preis an die Forstleute des Grunewalds.
(10/11/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Ohne die aktive Beteiligung von Städten, Kommunen und Stadtwerken ist die geplante Energiewende nicht realisierbar.“ Das schreibt **Ulrich Silberbach**, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft, in einem Beitrag für das „dbb magazin“ (Ausgabe April 2015). Kommunale Versorgungsunternehmen seien aus vielfältigen Gründen wichtig. „Sie gewährleisten, nicht zuletzt im Rahmen der Daseinsvorsorge, die ausreichende Bereitstellung von beispielsweise Strom, Gas und Wasser. Die Versorgungssicherheit stellt ein unschätzbare Gut dar, das unbedingt gewährleistet und auch künftig gesichert sein muss“, so Silberbach weiter. Während die Marktanteile großer Energiekonzerne sinken, haben sich laut einer aktuellen Studie kleinere Privatanbieter und Stadtwerke zu ernsthaften Konkurrenten entwickelt. „Bereits jetzt spielen die kommunalen Versorgungsunternehmen als dezentral und regional tätige Akteure eine wichtige Rolle“, stellt Silberbach fest. Erneuerbare Energie eröffne neue Möglichkeiten für den ländlichen Raum, stärke regional die Wirtschaft und biete Bürgern und Kommunalunternehmen eine Vielzahl an Kooperations- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Der **BBW** – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die Landesregierung aufgefordert, die Bewährungs- und Gerichtshilfe nach Ablauf des Vertrags mit der Neustart gGmbH Ende 2016 wieder komplett in staatliche Verantwortung zurückzuführen. Er stützt damit den Beschluss der SPD-Landtagsfraktion, die sich für eine

Überführung der Bewährungs- und Gerichtshilfe in eine Landes-GmbH ausgesprochen hatte. Eine private Beteiligung an einer solchen Gesellschaft, wie sie gegenwärtig im Regierungslager der Bündnisgrünen noch diskutiert wird, lehnt der BBW mit aller Entschiedenheit ab, hieß es am 17. März 2015.

Der BBW hatte sich bereits 2007 kritisch zur Privatisierung eines so sensiblen Bereichs wie den der Bewährungs- und Gerichtshilfe geäußert, als damals die schwarz-gelbe Landesregierung die Verantwortung zur Betreuung und Wiedereingliederung von Straffälligen in die Gesellschaft an den privaten Träger Neustart gGmbH übertrug.

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), **Rainer Wendt**, hat Überlegungen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière für den Aufbau einer neuen Anti-Terror-Einheit begrüßt. „Eine solche Einheit schließt eine wichtige Sicherheitslücke“, sagte Wendt dem „Tagesspiegel“ (Ausgabe vom 20. März 2015). Die Vorgänge in Paris hätten gezeigt, dass es „mobile Sicherheitslagen“ geben könne, für deren Bewältigung „Fahndungskräfte im Nahbereich gebraucht werden“. Dies könne die GSG9 nicht leisten. Und die Bereitschaftspolizei sei für solche Einsätze zu schlecht ausgerüstet, sagte Wendt.

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) wendet sich gegen das vom NABU pauschal geforderte Einsatzverbot von Pflanzenschutzmitteln im Wald. Forstleute und Waldbesitzer setzen diese

Mittel äußerst sparsam und nur in Notfällen ein. Sensible Flächen werden darüber hinaus von vornherein ausgeklammert. Der Naturschutzverband suggeriert, dass im Wald unverantwortlich Gift versprüht werde. „Das ist mitnichten der Fall. Jedoch müssen im Ernstfall Waldflächen vor der Zerstörung durch mehrmaligen Insektenfraß geschützt und Menschen vor gesundheitsschädigenden Allergenen bewahrt werden“, erklärte der BDF am 25. März

2015. „Für den Wald sind aktuell nur zwei Mittel für die Bekämpfung von Insekten zugelassen. Hersteller bringen teilweise keine neuen Mittel auf den Markt oder bemühen sich nicht um eine Neuzulassung, weil schlicht die Nachfrage zu gering ist“, so **Hans Jacobs**, Bundesvorsitzender des BDF. „Forstleute und Waldbesitzer setzen Insektizide nur im äußersten Notfall ein.“
(11/11/15)

Termine zum Vormerken:

Hearing zum Tarifeinheitsgesetz

„Freie Gewerkschaften oder staatlicher Einheitszwang?“
Berlin, 16. April 2015

3. Forum Behindertenpolitik

„Teilhabe in der Kommune – Nichts liegt näher?“
Berlin, 28. - 29. April 2015

11. dbb bundesfrauenkongress

„Erfolgsfaktor Zukunft: Frauen und Männer – gemeinsam stark!“
Potsdam, 8. - 9. Mai 2015